L9 Für ein gutes Leben für alle – eine solidarische Zukunft in Nordrhein-Westfalen

Gremium:	Landesvorstand GJ NRW
Beschlussdatum:	20.10.2026
Tagesordnungspunkt:	2 Aktuelle politische Lage

Antragstext

Die Welt, in der wir leben, ist nicht alternativlos. Und die Welt, für die wir kämpfen,

muss nicht so aussehen wie die, in der wir heute leben.

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der niemand Angst vor der nächsten

Mieterhöhung haben muss. In der niemand zwischen einer warmen Wohnung und

ausreichend Essen entscheiden muss. In der gute Arbeit Zeit zum Leben lässt,

Care-Arbeit gerecht verteilt wird und niemand aufgrund , Geschlecht, Behinderung oder

Ökomonischen Status schlechtere Chancen hat. In der Klimaschutz nicht als V erzicht für

diejenigen organisiert wird, die ohnehin wenig besitzen, sondern als gemeinsames

Projekt für eine gerechtere Zukunft. In der alle Menschen frei und selbstbestimmt leben

können, ohne Angst vor Armut, Diskriminierung oder Ausgrenzung.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der nicht Profitinteressen darüber entscheiden, wer gut

leben darf. Eine Gesellschaft, in der Wohnen kein Spekulationsobjekt, Bildung keine

Frage des Elternhauses und soziale Sicherheit kein Privileg ist. Eine

Gesellschaft, in der

Menschen mehr Zeit füreinander haben, demokratisch über ihr Leben mitbestimmen

und die Zukunft gemeinsam gestalten können.

Diese Gesellschaft existiert noch nicht. Aber sie ist möglich.

Als Grüne Jugend NRW geben wir uns nicht mit einer Politik zufrieden, die
lediglich

verwaltet, was angeblich möglich ist. Wir wollen darüber streiten, was notwendig
ist. Wir

wollen nicht nur fragen, wie wir bestehende V erhältnisse ein wenig verbessern
können,

sondern auch, welche V erhältnisse wir grundsätzlich verändern müssen. Unsere
Utopien

sind dabei keine fernen T räume, die wir auf irgendwann verschieben. Sie sind
der

Maßstab für unsere politische Arbeit im Hier und Jetzt.

Denn wer sich eine andere Gesellschaft vorstellen kann, kann auch anfangen, für
sie zu

kämpfen.

Eine Gesellschaft, die allen ein gutes Leben ermöglicht

Wir leben in einer Gesellschaft, die großen Reichtum hervorbringt und
gleichzeitig vielen

Menschen die Sicherheit nimmt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Während
einige

über immense V ermögen verfügen, wissen andere nicht, wie sie ihre Miete
bezahlen

sollen. Während gesellschaftlicher Reichtum wächst, fehlt es an
bezahlbaremWohnraum, gut ausgestatteten Schulen, ausreichend Personal in Kitas,

funktionierendem Nahverkehr und verlässlichen sozialen Angeboten.

Diese Widersprüche sind kein Naturgesetz. Sie entstehen durch politische Entscheidungen und wirtschaftliche Machtverhältnisse. Sie können deshalb auch verändert werden.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der der gesellschaftliche Reichtum allen zugutekommt.

Eine Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen wichtiger sind als die Profite

weniger. Dafür müssen wir Eigentumsverhältnisse, politische Prioritäten und die

V erteilung von Ressourcen infrage stellen. Wir wollen nicht akzeptieren, dass Menschen

um die Sicherung ihrer Existenz kämpfen müssen, während große V ermögen

unangetastet bleiben.

Ein gutes Leben für alle bedeutet für uns mehr als das bloße Überleben. Es bedeutet,

genug Geld zum Leben zu haben, ohne sich jeden Wunsch und jede soziale T eilhabe vom

Mund absparen zu müssen. Es bedeutet, sich die eigene Wohnung leisten zu können,

ohne einen Großteil des Einkommens dafür aufzugeben. Es bedeutet, Zeit für

Freund*innen, Familie, politische Arbeit, Erholung und persönliche Entwicklung zu haben.

Es bedeutet, nicht ständig funktionieren zu müssen, um den eigenen Platz in der

Gesellschaft zu rechtfertigen.

Wir kämpfen für einen Sozialstaat, der Menschen nicht kontrolliert und bestraft, sondern

ihnen Freiheit ermöglicht. Für eine soziale Absicherung, die vor Armut schützt, statt

Menschen mit Sanktionen und bürokratischen Hürden zusätzlich unter Druck zu

setzen.

Für ein Leben in Würde, das nicht davon abhängt, ob Menschen auf dem Arbeitsmarkt

gerade gebraucht werden oder Unterstützung aus ihrem familiären Umfeld erhalten.

Wir wollen nicht nur Armut verwalten. Wir wollen die gesellschaftlichen V erhältnisse

verändern, die Armut hervorbringen.

Wohnen, Bildung und Mobilität gehören allen

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der jede Person ein Zuhause hat, das sie sich

leisten kann. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und darf nicht länger der Profitmaximierung

auf dem Immobilienmarkt untergeordnet werden. Wir kämpfen für einen starken

gemeinnützigen und sozialen Wohnungsbau, für dauerhaft bezahlbare Mieten und für

eine Wohnungspolitik, die Menschen schützt, statt Eigentumsrenditen über ihre

Bedürfnisse zu stellen.

Unsere Utopie sind Städte und Dörfer, in denen Menschen unabhängig von ihrem

Einkommen wohnen bleiben können. Quartiere mit bezahlbaren Wohnungen, grünen

Freiräumen, lebendigen Nachbarschaften und einer sozialen Infrastruktur, die für alleerreichbar ist. Wir wollen kommunales und gemeinwohlorientiertes Eigentum stärken

und die demokratische Mitbestimmung von Mieter*innen ausbauen.

Wir wollen Bildung, die Menschen stärkt, statt soziale Ungleichheit zu reproduzieren. Eine

Schule darf nicht darüber entscheiden, welche Zukunft einem Menschen offensteht.

Kitas, Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätten müssen Orte sein, an denen alle

Menschen unabhängig von ihrem Elternhaus gute Bedingungen vorfinden. Dafür braucht

es ausreichend Personal, gute Lernbedingungen, kostenlose Bildungsangebote und eine

verlässliche soziale Unterstützung.

Junge Menschen sollen ihre Zukunft gestalten können, ohne sich zwischen Ausbildung,

Studium, politischem Engagement und der Sicherung ihres Lebensunterhalts aufreiben

zu müssen. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der junge Menschen nicht als

Kostenfaktor oder Arbeitskräftereserve betrachtet werden, sondern als Menschen mit

eigenen Bedürfnissen, Rechten und V orstellungen vom guten Leben.

Auch Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels sein. Wir wollen einen öffentlichen

Nahverkehr, der bezahlbar, barrierefrei, zuverlässig und überall verfügbar ist. Menschen

müssen unabhängig vom eigenen Auto am gesellschaftlichen Leben teilnehmen

können. Gerade in ländlichen Regionen braucht es dafür einen konsequenten Ausbau

öffentlicher V erkehrsangebote. Klimafreundliche Mobilität darf kein Privileg derjenigen

sein, die in gut angebundenen Innenstädten wohnen.

Für uns ist klar: Öffentliche Daseinsvorsorge muss sich an den Bedürfnissen der

Menschen orientieren. Sie darf nicht davon abhängen, ob sich ein Angebot wirtschaftlich

rechnet.

Mehr Zeit und eine gerechte V erteilung von

Sorgearbeit

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der Menschen für sich und andere sorgen

können, ohne dadurch in finanzielle Unsicherheit zu geraten. In der niemand seine

Gesundheit opfern muss, um seinen Lebensunterhalt zu sichern. In der Arbeit nicht das

gesamte Leben bestimmt und Menschen nicht auf ihre wirtschaftliche V erwertbarkeit

reduziert werden.

Wir kämpfen für gute Löhne, sichere Arbeitsverhältnisse, starke Gewerkschaften,

umfassende Mitbestimmung und Arbeitsbedingungen, die ein gesundes Leben

ermöglichen. Wir wollen, dass gesellschaftlicher Fortschritt nicht nur an Produktivität

und Wachstum gemessen wird, sondern daran, ob Menschen mehr Freiheit, Zeit und

Sicherheit gewinnen.

Eine solidarische Gesellschaft erkennt an, dass Arbeit weit mehr ist als Erwerbsarbeit.

Kinder großzuziehen, Angehörige zu pflegen, Freund*innen zu unterstützen, sichehrenamtlich zu engagieren und Gemeinschaft zu organisieren, hält unsere Gesellschaft

zusammen. T rotzdem wird diese Arbeit häufig schlecht bezahlt, unsichtbar gemacht

oder ungleich verteilt.

Wir kämpfen für eine gerechte V erteilung von Care-Arbeit, für eine bessere öffentliche

V ersorgung und für Arbeitsbedingungen, die Sorgeverantwortung ermöglichen. Wir

wollen, dass Menschen Zeit füreinander haben, ohne dafür berufliche Nachteile

oder

finanzielle Abhängigkeit in Kauf nehmen zu müssen.

Das ist für uns auch eine feministische Frage. Solange FLINT AS und queere Menschen

überproportional unbezahlte Sorgearbeit übernehmen, solange Alleinerziehende

besonders häufig von Armut betroffen sind , ist gesellschaftliche Gleichberechtigung

nicht erreicht.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Selbstbestimmung nicht bedeutet, mit strukturellen

Problemen allein gelassen zu werden. Freiheit braucht materielle Sicherheit, eine

verlässliche Infrastruktur und die Möglichkeit, das eigene Leben tatsächlich nach den

eigenen V orstellungen zu gestalten.

Klimagerechtigkeit bedeutet, die Zukunft gemeinsam

zu gestalten

Wir wollen eine Gesellschaft, die innerhalb der ökologischen Grenzen unseres Planeten

lebt und allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht. Klimaschutz darf nicht auf Kosten

derjenigen gehen, die ohnehin wenig haben. Wer wenig zum Klimawandel beigetragen

hat, darf nicht die höchsten Kosten seiner Bekämpfung tragen.

Die ökologische Krise ist eng mit sozialen Ungleichheiten verbunden. Während

Menschen mit großen V ermögen überproportional Ressourcen verbrauchen, werden die

Folgen der Klimakrise und ungerechte Klimapolitik besonders häufig getragen